

Sieben Thesen zur Notwendigkeit von intensivpädagogischer politischer
(Jugend)Bildung

In: „Nur noch schnell die politische Bildung retten...!“ Tagungsband/
Fachtagung im Haus am Maiberg in Heppenheim, Oktober 2022, hg. von
Benedikt Widmaier.

Harald Weilnböck

In seiner bisherigen Arbeit hat Cultures Interactive (CI) lebensweltlich-kreativ orientierte, erfahrungshaltige Praxisansätze der ‚Menschenrechtsorientierten Jugendkulturarbeit‘ (MJK) sowie, hierauf aufbauend, das erzähl- und dialogbildende Verfahren der ‚Narrativen Gesprächsgruppen‘ (NGG) entwickelt, das – vorwiegend in den neuen Bundesländern und in Osteuropa – als Methodik der intensivpädagogischen politischen (Jugend)Bildung eingesetzt wurde.

In dieser seit 2005 vorangebrachten Arbeit ist Cultures Interactive e.V. hinsichtlich der derzeitigen Bedarfe, Herausforderungen und Zukunftsperspektiven der politischen (Jugend)Bildung zu folgenden Schlussfolgerungen gekommen:

(1)

Politische (Jugend)Bildung muss verstärkt und nachhaltiger als bisher dazu beitragen, den zunehmenden Vertrauensverlust der (jungen) Menschen gegenüber den demokratischen Strukturen und Repräsentanzen sowie die generelle Abnahme an zivilgesellschaftlich-demokratischem Bewusstsein zu revidieren. Ferner ist es heute dringlicher denn je, dass politische Bildung in effektiver Weise der wachsenden gesellschaftlichen Polarisierung in den demokratischen Gesellschaften und den damit häufig verbundenen Affekten der Demokratie- und Menschenfeindlichkeit entgegenwirkt. Dies bedeutet unter anderem, dass politische (Jugend)Bildung bei ihren Adressat:innen die Fähigkeiten und Motivationen zur demokratischen und menschenrechtlichen Praxis fördern muss, wie auch zu einem nachhaltigen und persönlich befriedigenden politischen Engagement (bei Einzelnen, in Gruppen/ Milieus, Institutionen, Lokalitäten) – gerade auch bei denjenigen jungen Menschen, die hierfür die am wenigsten günstigen Vorbedingungen mitbringen oder in herausfordernden

Entwicklungsphasen befangen sind und eventuell schon manifest antidemokratisch eingestellt und/oder organisiert sind.

(2)

Diese herausfordernden Aufträge lassen sich nur erfüllen, wenn politische (Jugend)Bildung beginnt, konsequent bereichsübergreifend, interdisziplinär und multimethodisch zu agieren – und wenn sie gegenwärtige professionslogische und berufsverbandliche Berührungsängste, die dem interdisziplinären Vorgehen entgegenstehen, überwindet. Dies sollte nachdrücklich dadurch unterstützt werden, dass eine strikt bedarfslogische und lösungsorientierte Sichtweise auf die am jeweiligen pädagogischen Handlungsort vorliegenden Bedarfe eingenommen wird, die in sinnvoller Weise in Hilfe-, Förder- und Interventionsbedarfe sowie in Bildungsbedarfen unterteilt werden. Dies entspricht einer ganzheitlichen, d.h. prozesslogischen Perspektive, die gewährleistet, dass nicht begonnen wird zu bilden, wenn die affektiven, kognitiven und motivationslogischen Voraussetzungen dafür noch gar nicht gegeben sind. Nur diese strikt bedarfslogische Sichtweise kann dem erforderlichen interdisziplinären Vorgehen die konkreten Wege aufweisen.

(3)

Insbesondere muss ein interdisziplinäres Zusammenwirken zwischen zwei benachbarten, sich aber oft noch relativ unverwandt gegenüberstehenden Bedarfs- und Handlungsbereichen geschaffen werden, nämlich zum einen dem Handlungsbereich, der sich auf Bedarfe nach Bildung und Erziehung bezieht, und zum anderen den Bereich der Bedarfe nach anlassbezogener präventiver Interventionen, denen mittels Verfahren der Beratung bzw. psychosozialen Klient:innen-Arbeit entsprochen wird. Denn gerade die Bedarfe, die den zweiten Handlungsbereich – der Intervention und psychosozialen Beratung – aufrufen, sind häufig auch mit demokratie- und menschenfeindlichen politischen Impulsen und Affekten verbunden.

Nicht also die bereichslogische Abgrenzung und berufliche bzw. berufsverbandliche Konkurrenz, sondern die interdisziplinäre Verbindungen und das enge Zusammenwirken dieser im Grunde wechselseitig ergänzungsbedürftigen Handlungsbereiche – d.h. der (politischen) Bildung und der präventiven Intervention – sind gefordert. Dann nämlich kann ein integraler Ansatz der methodisch diversifizierten Demokratieförderung geformt werden, der auf mehreren Ebenen vernetzt handlungsfähig ist und flexibel auf lokale Wirkungsorte und Situationen angepasst werden kann.

Interdisziplinär, bereichsübergreifend, multimethodisch zu agieren, heißt somit konkret, dass Verzahnungen zwischen Akteuren, Methoden/ Verfahren und Settings der politischen Bildung

einerseits und denen der präventiven Intervention andererseits (z.B. aus dem Handlungsfeld der Kinder- und Jugendhilfe, der Ausstiegshilfe/Distanzierungsarbeit, der [Jugendlichen-]Psychotherapie, etc.) hergestellt werden.

(4)

Dabei sollten diese interdisziplinären Verzahnungen wesentlich über einen bloßen Verweismechanismus zwischen Akteuren hinausgehen. Vielmehr müssen integrale Methoden- und Verfahrens-Hybride entwickelt werden: Hybride der „Bildung-Beratung“ sozusagen. Denn nur solche integralen Verfahrens-Hybride der multimethodischen politischen (Jugend)Bildung sind in der Lage, die oben vermerkten Herausforderungen, vor die die politische Bildung heute gestellt ist, zu bewältigen.

Zum einen nämlich können multi-methodische Verfahrens-Hybride der „Bildung-Beratung“ den komplexen Gemengelagen von Bedarfen – sowohl an politischer Bildung als auch an anlassbezogenen Interventionen und spezifischer psychosozialer Beratung – gerecht werden, auf die man stets trifft, wenn man in natürlichen sozialen Kontexten arbeitet und z.B. in Schulen oder kommunalen Einrichtungen nachhaltig wirksame politische Bildung durchführen möchte. Denn wer an einer Oberschule einer ländlichen Kommune etwa in Ostdeutschland einen Schulprojekttag der politischen Bildung durchführen möchte oder entsprechenden curricularen Klassenunterricht halten will, wird feststellen, dass dort innerhalb ein und derselben sozialen Sphäre unterschiedlichste individuelle Bedarfe an Bildung bzw. an Intervention vorliegen. Diese reichen von Bedarfen der politischen Bildung im engeren Sinn, d.h. Bedarfen nach historisch-politischer Aufklärung, sachlicher Information, Empowerment, Engagementförderung etc. bis hin zu weiter reichenden Bedarfen nach anlassbezogenen, beratenden Interventionen im Hinblick auf Aspekte der persönlichen Weiterentwicklung/ Nachsozialisierung, z.B. mittels Distanzierungs-/ Ausstiegsarbeit oder vergleichbaren Interventionen in Form von drogentherapeutischen, psychotherapeutischen, sozialpsychiatrischen und anderen Jugend-/Familienhilfeangeboten.

Zum anderen muss angesichts dieser Gemengelagen an Bedarfen stets bedacht werden: Nicht nur liegen diese zwei Arten von Bedarfen – nach politischer Bildung einerseits und nach anlassbezogener persönlicher Intervention/ Beratung andererseits – vor Ort bzw. bei individuellen Personen jeweils in spezifischen Mischungsverhältnissen vor. Sondern diese zwei Arten von Bedarfen beeinflussen sich auch wechselseitig – und zwar zunächst vor allem auf individueller Ebene. Dabei erzeugen sie mitunter starke politische Impulse und Affekte. So z.B. wurde häufig die Erfahrung gemacht, dass akute Familienhilfebedarfe und psychosoziale Beratungsbedarfe etc., gerade wenn sie lange Zeit ungedeckt bleiben, unter anderem auch politische Affekte der Menschen- und Demokratiefeindlichkeit hervorbringen können. Des

Weitern gibt es Anzeichen dafür, dass auch jenseits solcher markanten Jugendhilfebedarfe, nämlich bei Bedarfen der persönlichen Erfahrungsbewältigung und Weiterentwicklung, denen grundsätzlich durch Coaching, Beratung, Psychotherapie, Seelsorge etc. entsprochen werden kann, manchmal ähnliche Folgen zutage treten. Denn es scheint auch für viele Menschen mit vergleichsweise stabilerem Befinden, aber nichtsdestoweniger belastenden persönlichen Bedarfen zu gelten, dass sie sich z.B. in pauschale Verschwörungsgläubigkeit und kontrafaktische Wahrheitskonstrukte verstricken, die wiederum häufig demokratie- und menschenfeindliche Auswirkungen nach sich ziehen. Dies ist möglicherweise umso mehr der Fall, je weniger partizipativ und inklusiv die umgebende politische Kultur ausgebildet ist. (Umso wünschenswerter wäre im Übrigen, die Zusammenhänge zwischen persönlichen Bedarfen, politischer Kultur und politischen Affekten der Demokratie- und Menschenfeindlichkeit genauer zu rekonstruieren.) Jedenfalls scheint für beide Ebenen an persönlichen Bedarfen – akute schwerwiegende Jugendhilfebedarfe, psychosoziale Beratungsbedarfe etc. einerseits sowie stabilere Beratungs- und Coaching-Bedarfe andererseits – zu gelten, dass sie persönliche Befindlichkeiten bedingen, in denen vernunftbasierte Argumentation, Information, Aufklärung und andere Mittel der politischen Bildung erfahrungsgemäß wenig Wirkung haben.

Zum anderen – und in Absehung von den oben vermerkten Gemengelagen von Bedarfen in natürlichen sozialen Kontexten und bei Einzelnen – sind multi-methodische Verfahren bzw. Methoden-Hybride aufgrund ihrer Anteile der psychosozialen Beratung grundsätzlich sehr geeignet, zur Bewältigung der bereits angesprochenen aktuellen Herausforderung für demokratische Gesellschaften beizutragen. Das heißt, sie können effektiv dazu beitragen, Vertrauensverlust und gesellschaftliche Polarisierung zu reduzieren und zivilgesellschaftliches Bewusstsein sowie Fähigkeiten und Motivationen zur demokratischen Praxis zu fördern. Dies rührt daher, dass Vertrauen, Bewusstsein/Haltung, Motivationen/Engagement psychosoziale Fähigkeiten und persönliche Vermögen sind, die alleine durch psychosoziale Beratung gestärkt werden können. In anderen, einfacheren Worten: Wer das Vertrauen in und den verlässlichen Bewusstseinsbezug zur demokratischen Gesellschaft eingebüßt hat – wer also sozusagen ‚die demokratischen Nerven verloren‘ hat – der wird auch bei noch so viel politischer Bildung nicht an einer vernünftigen Debatte von kontroversen politischen Fragen und Entscheidungsdilemmata teilnehmen wollen/ können. Denn in einer Befindlichkeit, die von einem akuten oder chronischen ‚Verlust an demokratischen Nerven‘ gekennzeichnet ist, stehen notgedrungen die jeweiligen persönlichen Affekt- und Emotionshaushalte, d.h. die psychosozialen Mechanismen der Selbstregulation, zu sehr im Vordergrund, als dass mit Ruhe und stabilem individuellem Engagement die Diskussion von sachrationalen politischen Argumenten und Kontroversen betrieben werden könnte. Selbstverständlich sollten die

Angebote der Interventionen durch psychosoziale Beratung stets auch mit Gehalten und Anforderungen der politischen und historischen Bildung in Korrespondenz treten, um nicht in einem völlig politikfreien Raum zu verbleiben, in dem sie nicht nachhaltig wirken können.

Es ist aufgrund dieser bedarfslogischen Zusammenhänge, dass sich die politische Bildung der Zukunft in konsequent interdisziplinärer Weise der Entwicklung von multi-methodischen Verfahren bzw. von Verfahrens-Hybriden der Bildung-Beratung zuzuwenden muss.

(5)

Beobachtungen über akute Affekte oder chronische Befindlichkeiten des ‚Verlusts der demokratischen Nerven‘ bzw. über das Affektive und Emotionale in der Politik im allgemeinen waren es sicherlich auch, die in den letzten Jahren bei einigen das Interesse an der Rolle von Affekt und Emotion in der politischen Bildung geweckt haben.¹ Dieses Interesse muss aufgenommen – und es muss eine ‚politische Bildung der Affekte und Emotionen‘ als integraler Bestandteil der politischen Bildung der Zukunft entwickelt werden. Alleine die oben vermerkte, allenthalben gemachte Beobachtung, dass eine noch genauer zu begreifende Ebene von in politischer Hinsicht besonders relevanten Affekten und Emotionen eine zunehmende und mitunter bedrohliche Rolle in aktuellen demokratischen Gesellschaften spielt, macht diese Forderung zwingend.

Jedoch sind die methodischen Herausforderungen der Zielstellung, einen Sektor der ‚politischen Bildung von Affekten und Emotionen‘ zu entwickeln und Formen der konkreten pädagogischen Umsetzung bereitzustellen, nicht zu unterschätzen. Das heißt, es müssen Antworten auf die Frage gefunden werden, mit welchen Methoden und Verfahren wirksam und verantwortlich ausgeführt werden kann, was als ‚politische Emotionsbildung‘ oder Förderung von ‚emotionaler politischer Intelligenz‘ bisher nur behelfsmäßig bezeichnet ist.

(6)

Die genannten Herausforderungen an die politische Bildung der Zukunft sind groß: interdisziplinäre Verzahnungen via integraler Methoden-Hybride, vor allem: ‚politische Bildung – Beratung/Intervention‘; politische Bildung der Affekte und Emotionen sowie Förderung der ‚emotionalen politischen Intelligenz‘; im Endeffekt die Verringerung von Vertrauensverlust, Polarisierung, affektiver Verschwörungsgläubigkeit, Demokratie- und Menschenfeindlichkeit seitens der Bevölkerung; sowie die Förderung von

¹ Vgl. den 14. Bundeskongress Politische Bildung (07.-09. März 2019 in Leipzig) mit dem Titel "Was uns bewegt. Emotionen in Politik und Gesellschaft". <https://www.bpb.de/veranstaltungen/reihen/bundeskongress-politische-bildung/277633/14-bundeskongress-politische-bildung-2019/>

zivilgesellschaftlichem Bewusstsein und von Fähigkeit/ Motivation zu demokratischer Praxis, gerade bei jungen Menschen. Um diese Herausforderungen nachhaltig bearbeiten und bewältigen zu können, bedarf die politische Bildung einer neuen theoretischen und methodologischen Fundierung und qualitätssichernden Begleitforschung für modellhafte Erprobungen von entsprechenden Methodenansätzen und deren Verstetigung.

Das sich gerade erst entwickelnde akademische Feld der so genannten Intensivpädagogik bietet sich als theoretisch-methodologischer Rahmen an, innerhalb dessen die neue konzeptuelle Fundierung einer multimethodischen politischen Bildung als ‚intensivpädagogische politische (Jugend)Bildung‘ erfolgen kann. Denn so wie Menno Baumann, der Inhaber der ersten Professur für Intensivpädagogik (ab 2015), sein Feld begreift, ist es bei Intensivpädagogik eben keineswegs nur um „Jugendliche mit massiven Verhaltensstörungen“ und komplexen Bedarfen zu tun.² Nicht nur also geht es um junge Menschen, die „häufig unsichere oder desorganisierte Bindungsformen aufweisen“ bzw. Muster von als „Traumafolgestörungen subsumierte“ Handlungsweisen zeigen – und in pädagogischer Umgangssprache manchmal als „Totalverweigerer“ oder „Systemsprenger“ bezeichnet werden, weil sich ihre institutionellen Umfeldler durch sie überfordert sehen (wobei sich bei diesen Jugendlichen nicht selten auch politische Impulse und Affekte der Demokratie- und Menschenfeindlichkeit zeigen). Vielmehr ist es bei der Intensivpädagogik – ähnlich wie hier für die politische Bildung vorgeschlagen – um multi-methodische Innovationen und Hybrid-Verfahren zu tun, die die Pädagogik einerseits und Beratung/ psychosozialer Intervention/ Therapie andererseits miteinander verbinden und in ein Verhältnis des effektiven Zusammenwirkens bringen. Im Rahmen einer so verstandenen Intensivpädagogik würde dann auch die Entwicklung von entsprechenden Methoden-Hybriden einer politischen Bildung der Zukunft ihren Platz finden.

Des Weiteren hat die Intensivpädagogik als systemisch denkende Disziplin das analytische Potential, dort, wo manchmal voreilig von jugendlichen Systemsprengern gesprochen wird, auch das „Institutionelle Aufmerksamkeits-Defizit-Syndrom“ zu erkennen (ebda. 8), welches häufig in der Institution (z.B. der Jugendhilfe, Schule) selbst vorliegt und in unangemessener, manchmal diffamierender Weise auf das Unvermögen von individuellen Einzelnen projiziert

² Vgl. die Arbeiten von Prof. Menno Baumann (Professur für Intensivpädagogik, Düsseldorf); Marc Rothballer (2018): „Beziehung wirkt! Professionelle Beziehungsarbeit in der Kinder- und Jugendhilfe.“ In: AJS-Informationen, 54 (2018) 2, S. 13-17. Baer & Weilnböck (2019): „Prinzipien der Jugend(sozial)arbeit und/oder Extremismusprävention...“ und: Weilnböck & Örell, (2015): „RAN Derad Declaration of Good Practice...“, auf: <http://cultures-interactive.de/de/fachartikel.html>. Meilicke & Weilnböck (2020): „Exit Europe Training Manual“; im Druck, auf: <http://cultures-interactive.de/en/exit-europe.html>.

wird. Diese Perspektive könnte auch für das Handlungsfeld der politischen Bildung hilfreich sein. Denn auch die politische Bildung hat es häufig mit so genannten Systemsprengern zu tun, d.h. mit jungen Menschen, die von ihr nicht erreicht werden können, weil sie politische Bildung ablehnen – und die in Settings der politischen Bildung dazu neigen, diese zu sprengen. Anders betrachtet, ist also auch die politische Bildung gefährdet, ein „Institutionelles Aufmerksamkeits-Defizit-Syndrom“ zu erleiden und damit wichtige Adressat:innen-Gruppen zu verlieren, wenn sie die erforderlichen methodischen Erweiterungen nicht zu erbringen vermag. Umso maßgeblicher ist die Forderung, Optionen und Methoden-Hybride einer intensivpädagogischen politischen (Jugend)Bildung zu entwickeln.

(7)

Am Beispiel eines konkreten pädagogischen Verfahrens, das auf experimentelle Weise in einem Modellprojekt entwickelt wurde, lässt sich vielleicht am besten verdeutlichen, wie intensivpädagogische politische (Jugend)Bildung möglicherweise aussehen kann, was die Förderung von ‚emotionaler politischer Intelligenz‘ bzw. eine ‚politische Bildung der Affekte und Emotionen‘ eventuell sein kann – und wie sie als integraler Bestandteil einer politischen Bildung der Zukunft vorstellbar ist. Ein solches Beispiel liegt in dem eingangs genannten erzähl- und dialogbildenden Verfahren der ‚Narrativen Gesprächsgruppen‘ (NGG) vor (vgl. Zft. Außerschulische Bildung 2/2022³).

Wesentliche Elemente des Settings der narrativen Gesprächsgruppen (NGG) werden aus der Gruppenpsychotherapie und Gruppendynamik bezogen; die darin eingesetzte Methodik der Moderation und Gesprächsrahmung erfolgt durch Techniken des narrativen Dialogs, die der Narratologie bzw. der Methode des biografisch-narrativen Interviews entlehnt sind. Weitere Methodiken der Gruppen- und Gesprächsleitung kommen aus dem Bereich Gruppendynamik und Gruppenanalyse. Hierbei wird entschieden auf jegliche Setzung von (Bildungs-)Themen verzichtet, sodass die Gruppe ihre Sprech- und Erzählanlässe aus sich selbst bzw. aus den eigenen Lebenserfahrungen ihrer jugendlichen Teilnehmer:innen entwickelt, nach denen sich die Leitungen interessiert erkundigen. Das heißt, die NGG verfahren vollends prozess- und inhalts offen.

In der praktischen Durchführung arbeiten die NGG, die im Verlauf von ein bis zwei Schul-Halbjahren in einer Einzelstunde pro Woche während der Regelunterrichtszeit erfolgen, mit bestehenden Schulklassen, aus denen eingangs in spontaner Weise je zwei Gruppen gebildet

³ Harald Weilnböck (2022): Narrative Gesprächsgruppen – Eine Methode der intensivpädagogischen politischen Jugendbildung. Vorab zugänglich als Entwurf auf <https://cultures-interactive.de/de/das-projekt-narrative-gespraechsgruppen.html>. Ferner (2021): Von der Holocaust-Leugnung zum persönlichen Familientableau – Kleine Verlaufsvignette zu zwei Sitzungen von Narrativen Gesprächsgruppen an Schulen. ebda.

werden. Die Schulen stellen hierfür in unterschiedlicher Weise Zeit aus Klassenleiter:innen-Stunden oder den gesellschaftlich-künstlerischen Fachlehrplänen zur Verfügung, sodass die wöchentliche Stunde Gruppengespräch von den Schüler:innen als genauso wichtig erlebt wird wie der andere Unterricht, den sie haben. Jede Gruppe aus 8–13 Schüler:innen wird in einem eigenen Raum von zwei Gruppenleiter:innen im Gespräch begleitet. Diese sind möglichst gemischtgeschlechtlich und soziokulturell unterschiedlich zusammengesetzt (z.B. bezüglich Migrationshintergrund), sodass auch vorübergehende Gruppenteilungen in Kleingruppen von 3–6 Schüler:innen umso wirksamer erfolgen können, die anlassbezogen z.B. entlang der Unterscheidung von Geschlecht, anderen sozialen Kriterien oder von sich spontan ergebenden gruppenspezifischen Spannungslinien gebildet werden. Als wichtige zusätzliche Settingkomponente wird ein Auszeit-Bereich mit eine:r fünften Kolleg:in bereitgestellt, in dem einzelne Schüler:innen sich bei Bedarf zeitweise zurückziehen oder in den sie vorübergehend eingeladen oder geschickt werden können, wenn die sorgsame Rahmung des Gesprächs in der Gruppen dies erfordert.

Somit entsprechen Setting und Verfahren der NGG zunächst eher dem, was oben der Bereich der psychosozialen Intervention/Beratung genannt wurde. Andererseits nehmen die NGG unwillkürlich auch Funktionen der politischen Bildung wahr – und sind auch als Mittel der politischen Bildung konzipiert, die als solche erfahrungsgemäß eine vergleichsweise große Wirkung erzielen. Denn zum einen, auf grundsätzlicher Ebene, wird in diesem Verfahren eine ganz essentielle, aber häufig übersehene demokratietheoretische Grundfähigkeit geschult und gefördert, nämlich die Fähigkeit, überhaupt ein respektvolles und engagiertes zwischenmenschliches Gespräch führen zu können, sich dabei gegenseitig zuzuhören und in maximaler Unvoreingenommenheit aufmerksam aufeinander zu werden und in Beziehung zu treten – und dies in offenen Gruppensituationen zusammen mit unterschiedlichen (jungen) Menschen zu tun. Zum anderen kommen in diesen prozessoffenen Gesprächssituationen mit großer Regelmäßigkeit genau jene Erfahrungsbereiche der jungen Menschen zur Sprache, die hohe politisch bildende Relevanz haben – z.B. Fairness, „Respect“, Zukunft, Gleichberechtigung, versus Ungleichheit, Diskriminierung, Vorurteile, Geschlechterrollen, Homophobie/Sexismus, Mobbing, lokale Gefahrenorte, die regionalen Milieus der Demokratiefeindlichkeit und Verschwörungsgläubigkeit etc.

Hieraus wird deutlich, dass das intensivpädagogische Format der narrativen Gesprächsgruppen als eines jener erforderlichen multi-methodischen Verfahrens-Hybride der Bildung-Beratung gelten kann, die der politischen Bildung dabei helfen können, sich mit jenen oben vermerkten aktuellen Herausforderung der heutigen demokratischen Gesellschaften erfolgreich auseinanderzusetzen.

Dies trifft insbesondere aufgrund der beiden Schnittstellen dieses Verfahrens-Hybrids zu, die einmal die Verbindung zum Fachunterricht, d.h. zur Bildung, und das andere Mal die Verbindung zur Jugendhilfe, also zur Intervention/ Beratung herstellen. Denn die in den vertraulichen Gruppengesprächen berührten Erfahrungsbereiche und Themen der Jugendlichen können in anonymisierter und einvernehmlicher Weise durchaus mitgeteilt und somit vom Fachunterricht oder von themenspezifischen Bildungsveranstaltungen fokussiert aufgenommen werden, nachdem sie im Gruppengespräch als erfahrungshaltiges persönliches Anliegen in Erscheinung getreten und aktiviert worden sind. Die zweite Schnittstelle, die die Verbindung zum Bereich psychosoziale Intervention und kommunale Jugendhilfe knüpft, wird vor allem über die Gespräche im Auszeit-Bereich hergestellt. Wenn dort ausgeprägte individuelle Bedarfe nach Intervention und Beratung zum Ausdruck kommen, können gezielte Angebote der Jugend- und Familienhilfe, z.B. auch der Ausstiegshilfe, vermittelt werden, während dafür der Bezug zur Gesprächsgruppe keineswegs unterbrochen werden muss, sondern im Gegenteil hiervon ebenfalls profitiert.

Die reichen Praxiserfahrungen, die bisher mit dem Format der narrativen Gesprächsgruppen gesammelt werden konnten, haben jedenfalls vielfach gezeigt, welche jungen Adressat:innen es sind, die von politischer Bildung nicht mehr erreicht werden. Wenn z.B. ein 15-jähriges Mädchen aus einer Förderschule in ergriffener Weise zum besten gibt, „Hitler ist geil ... ich finde den Typ geil“ und anschließend drei Wochen lang nicht zur Schule kommt und eine Reihe von ernstlichen Familienhilfebedarfen im Hintergrund erkennbar werden, oder aber, wenn ein 15-jähriger Junge in einer Oberschule nahe der polnischen Grenze im Gespräch beginnt, in ausführlicher Weise seine Überzeugung zu erläutern, dass das mit dem Holocaust doch „eigentlich nicht so schlimm“ war, dass es „gar nicht so viele gewesen sind“ und „sowieso passieren musste“ etc. und auf Nachfrage darüber spricht, dass das bei ihm im Dorf alle sagen und er im Grunde nur darauf wartet, endlich der Schule verwiesen zu werden – in all diesen bedrückend zahlreichen Fällen können stets Varianten der oben genannten Gemengelage von diversen persönlichen Bedarfen (sowohl an Bildung/Information als auch an anlassbezogener Intervention) erkannt werden. Ferner kann anhand der Verläufe des jeweiligen narrativen Gruppengesprächs in diesen Fällen gezeigt werden, wie relativ leicht es einem Hybridverfahren möglich ist, in solchen Situationen nicht zu erstarren oder voreilig restriktiv zu agieren, sondern auf individueller und auf Gruppenebene erfolgreich einzuwirken.⁴

⁴ Vgl. in Fußnote 3: Harald Weilnböck (2021): *Von der Holocaust-Leugnung zum persönlichen Familientableau...*; ferner (2022 in Vorbereitung): *“Hitler ist geil!” – zum Gruppenverlauf einer Narrativen Gesprächsgruppe an einer Förderschule.* (ebda.)

Ersichtlich wird hierbei aber auch, welchen Bruchlinien die herkömmlichen Settings und Methoden von politischer Bildung ausgesetzt sind, wenn also nicht in multi-methodischer Weise gearbeitet werden kann. Ferner wird ein spezifisches Risiko der politischen Bildung erkennbar, das darin liegt, ein „Institutionelles Aufmerksamkeits-Defizit-Syndrom“ zu verstärken, an dem die Schulen, deren Lehrpläne und die sie bestimmende Bildungspolitik aufgrund der finanziell und konzeptuell schwachen Ausstattung häufig leiden. Vor allem aber treten die jungen Menschen in Erscheinung, die verloren zu gehen drohen – und man denkt angesichts dieser markanten politischen Affekte zu Hitler und dem Holocaust vielleicht auch daran zurück, was ein Aussteiger aus der rechtsterroristischen Szene nach dem Attentat von Hanau gesagt hat: „Doch damit Personen überhaupt nicht in die rechte Szene abrutschen, müssen wir schon bei den Schulen anfangen. Schulen haben aber vom Lehrplan nicht mehr die Möglichkeit, eine nachhaltige Demokratieförderung zu betreiben.“⁵

Dabei verstellt der Blick auf das Äußerste – den lange verharmlosten, verdrängten bzw. geleugneten Rechtsterrorismus – manchmal auch die Wahrnehmung der nicht immer leicht erkennbaren, jedoch weithin raumgreifenden und schwer zu korrigierenden Substanzverluste an demokratischen und zivilgesellschaftlichen Fähigkeiten sowie an menschenrechtlichem Praxisbewusstsein, die dergleichen „Institutionelle Aufmerksamkeits-Defizit-Syndrome“ in Schlüsselinstitutionen wie zum Beispiel den Schulen verursachen. Wenn nämlich die Schulen weiterhin nicht darauf eingerichtet sind, sich in effektiver und nachhaltiger Weise den essentiellen demokratietheoretischen Grundfähigkeit zu widmen – d.h. der Fähigkeit und Motivation, überhaupt ein respektvolles und engagiertes Gespräch führen zu können/ wollen, sich dabei gegenseitig zuzuhören, über alle Unterschiede hinweg aufmerksam aufeinander zu werden und persönlich in Beziehung zu treten –, dann werden wir als demokratische Gesamtgesellschaft mit den sich uns stellenden Herausforderungen langfristig nicht gut zurecht kommen.

Eine intensivpädagogische politische (Jugend)Bildung und Förderung von emotionaler politischer Intelligenz, die in enger Zusammenarbeit mit außerschulischen Mitwirkenden umgesetzt wird – und sich in multimethodischer Weise auf die Vermittlung der Fähigkeiten zu demokratischer Praxis, sozialem Miteinander und politischer Auseinandersetzung konzentriert, könnte hierbei eine nachhaltig gute Wirkung entfalten.

⁵ Focus Online: “Moslem, Ex-Neonazi, Ministerin: Acht Stimmen aus Deutschland gegen rechten Hass.“ Zugriff 12.4.22. https://www.focus.de/perspektiven/rechtsterror-mit-zehn-opfern-es-ist-unser-land-unsere-gesellschaft-was-menschen-nach-der-tat-in-hanau-bewegt_id_11689363.html. Zugriff 12.4.22.